

Bericht von Dr. Lutz Niemann von November 2002 zum Thema

Die Kosten der energiepolitischen Fehlentscheidungen von rot-grün

Um die Ursachen des wirtschaftlichen Niedergangs in Deutschland zu erkennen, sind die Folgen der falschen Weichenstellungen in der Energiepolitik, insbesondere des Atomausstieges aufzuzählen.

Zum Atomausstieg:

- "RWE zieht den Genehmigungsantrag für das Kernkraftwerk Mühlheim-Kärlich und die Schadensersatzklage gegen Rheinland-Pfalz zurück", so heißt es in der Vereinbarung von 14.6.00. Damit wird das Kraftwerk eine Investitionsruine, die der Volkswirtschaft ca. **4 Mrd. €** für Bau und Instandhaltung gekostet hat. Der Antrag auf Rückbau ist gestellt, dafür sind weitere **360 Mio. €** anzusetzen.
- Für die Erkundungsarbeiten des Endlagers in Gorleben wurde ein Moratorium von 3 bis 10 Jahren vereinbart, inzwischen sind die Mitarbeiter abgebaut (Sozialplan), die Sicherungsanlagen an Zaun werden beseitigt. Die bisherigen Kosten von **1,3 Mrd. €** waren vergeblich. Es soll ein neues anderes Endlager gesucht werden. Inzwischen wurde ein Arbeitskreis Endlager (AkEnd) gegründet, der eine Kriterienliste für die Auswahl eines neuen Endlagers aufstellen soll, die von allen anerkannt wird (wie das??). Diese Kommission wurde inzwischen von den Vertretern des BUND, NABU, ROBIN WOOD verlassen, nachdem im Verfahren zur Genehmigung des Endlagers Konrad für schwach radioaktive Abfälle ein wichtiger Schritt nach vorn getan wurde. Eine neue „Unendliche Geschichte“ mit ungewissem Ausgang nimmt ihren Anfang.
- Mit der Novellierung des Strahlenschutzrechts durch die Bundesregierung kommen geschätzte Kosten von **0,5 Mrd. €** in den nächsten 5 Jahren auf die deutsche Wirtschaft zu. „Verringerung der Dosis für Bevölkerung und berufliche exponierte Personen: **keine**“, das sagte dazu der Präsident des Fachverbandes Strahlenschutz Deutschland / Schweiz auf einer Fachtagung am 29.11.01 in München. Also kurz: Der Arbeitsplatz der hauptamtlichen Strahlenschützer wird durch weitere Papierarbeit gesichert, der Bürger zahlt für Nichts und wieder Nichts.
- Im Atomkonsenspapier vom 14.6.00 wurde vereinbart, an den Standorten der Kraftwerke neue Zwischenlager zu bauen. Diese sind erforderlich, weil die Wiederaufarbeitung verboten und die direkte Endlagerung der Brennelemente eingeführt wird. Das vorhandene Bauwerk in Gorleben bleibt im wesentlichen ungenutzt und wird eine weitere Investitionsruine. Und da die große Reduzierung des Abfallvolumens durch Wiederaufarbeitung dann wegfällt, ist nun zur Lagerung der Brennelemente eben entsprechend mehr Platz und mehr Geld erforderlich. Inzwischen wurden 13 Genehmigungsanträge für Zwischenlager an den Standorten der Kernkraftwerken gestellt. Damit entfallen zukünftig Transporte, die normal ohne Probleme über die Bühne gehen, die aber ca. 1x im Jahr zu einer Großveranstaltung der Protestszene gemacht werden, um die „Angst“ nicht vergessen zu lassen. Die Kosten für ein Zwischenlager werden von den Kraftwerksbetreibern zu rund **40 Mio. €** geschätzt, das ergibt in der Summe weitere **500 Mio. €** Kosten von rot-grün.
- Die Verzögerung bei der Inbetriebnahme des Forschungsreaktors München 2, die durch rot-grün zu verantworten ist, beträgt schon 1 ½ Jahre. In dieser Zeit sind Kosten von **65 Mio. €** aufgelaufen. Der Wert von entgangenen Einnahmen und nicht erfolgten Bestrahlungen von Krebspatienten*) lässt sich nicht beziffern.

Zur Ökosteuer (ohne die letzte vorgesehene 5-te Stufe am 1.1.03):

- Die neue **Stromsteuer** wurde am 1.4.1999 eingeführt mit dem Regelsteuersatz 2Pf/kwh und niedrigeren Steuersätzen für produzierendes Gewerbe, stromintensive Industrien, Nachtspeicherheizungen, ÖPNV + Bahn. Der Bund nahm 1999 dadurch **1,8 Mrd. €** ein, Erhöhung gemäß der ansteigenden Steuersätze am 1.1. jedes Jahres bis auf voraussichtlich **5 Mrd. €** in 2002. Summe der Steuer in 4 Jahren 1999 bis 2002: ca. **14 Mrd. €**.
- Die **Ökosteuer auf Benzin und Diesel** wurde am 1.4.1999 mit einer ersten Erhöhung der Mineralölsteuer eingeführt. Sie wurde am 1.1. jedes nächsten Jahres um jeweils weitere 6Pf/l erhöht. Die zusätzlichen Einnahmen betragen 1999 **3,2 Mrd. €** und stiegen für 2002 auf voraussichtliche **9,7 Mrd. €**. Summen der Steuer in 4 Jahren 1999 bis 2002: ca. **25 Mrd. €**.

Die Summe der gesamten Ökosteuer für Benzin, Diesel, Heizöl, Erdgas, Strom, wie es die derzeitige Regierung wünscht, mit der letzten Stufe bis zum Ende von 2003, lässt sich aus dem Datenteil des Energieberichtes vom BMWI (s. 95) entnehmen: **Es sind 135 Mrd. DM oder 70 Mrd. €, diese gewaltige Zahl sollte dem Bürger nicht vorenthalten sein.**

Zur Stromerzeugung aus Windkraft - Energiequelle unserer Zukunft?

Für die Windkraft liegen verlässliche Zahlen vor. Es kann angegeben werden, inwieweit die staatliche Subvention für diesen Wirtschaftszweig den Boom der letzten Jahre verursacht hat. So wurden in 2000 und 2001 jeweils 1700MW und 2200MW Windkraftanlagen neu installiert. Das ergibt bei Kosten von 1700DM je installiertes Kilowatt Nennleistung jährliche Baukosten von **2,9 Mrd. DM** und **3,7 Mrd. DM**. Diese Baukosten entsprechen in etwa den Baukosten eines Kernkraftwerkes, die mit 3,6 Mrd. DM (Brockdorf) anzusetzen sind; allerdings liefert ein KKW unabhängig vom Wetter

rund um die Uhr Strom, während eine WKA abhängig vom Wind nur zu ca. 1/5 (bei Vollast) der Zeit Strom liefert. Der Bau aller bis Ende 2001 installierten Windräder hat unserer Volkswirtschaft **15 Mrd. DM** gekostet, dabei sind die höheren Baukosten in den früheren Jahren noch nicht einmal eingerechnet.

In 2001 wurden von allen Windkraftanlagen zusammen 15 Mrd. kwh ins Netz eingespeist, das ist in der Tat eine beachtliche Menge beim Vergleich mit unseren Kernkraftwerken, von denen eines rund 10 Mrd. kwh pro Jahr liefert, und die 2001 zusammen 171 Mrd. kwh erzeugten. Für diese 15 Mrd. kwh Windstrom waren **2,6 Mrd. DM** an Einspeisevergütung von der Stromwirtschaft zu zahlen, das sind **2 Mrd. DM** mehr als die Erzeugungskosten bei den Kernkraftwerken.

Würde der Ausbauzustand der Windkraft Ende 2001 gestoppt, so laufen bei einer Nutzungsdauer der Windräder von 20 Jahren in dieser Zeit **54 Mrd. DM** an Einspeisevergütung auf. Zuzüglich der Baukosten von **15 Mrd. DM** folgen Gesamtkosten von **69 Mrd. DM**, das ergibt bei Umlage auf die 20 Jahre eine jährliche Belastung der Volkswirtschaft von **3,4 Mrd. DM**. So viel kostet uns das Luxuspielzeug der rot-grünen Politiker.

Während der Zeit der Flaute des Windes muss unser Wirtschaftsleben weiter laufen, die Bahnen müssen fahren, die Haushalte brauchen Strom. Daher kann trotz Installation der Windräder kein anderes Kraftwerk stillgelegt werden, weder ein Kernkraftwerk noch ein konventionelles Kraftwerk. Die Windräder führen allenfalls zur Einsparung von Brennstoff bei anderen Kraftwerken. Aber auch dieser Effekt wird zunichte gemacht durch die Böigkeit des Windes, wenn der Wind plötzlich ausbleibt. Es ergeben sich technische Probleme, da andere Kraftwerke in etwa gleich großer Leistung vorgehalten werden müssen. Dieser Aufwand für die "Sekundenreserve" steigt beim Stromnetzbetreiber RWE-Net von **100 Mio. €** in 2001 auf **300 Mio. €** in 2002, so dessen Vorstandsvorsitzender.

Und wie verhält es sich mit der viel gepriesenen Schaffung von Arbeitsplätzen? Der Marktführer ENERCON ist weltweit aktiv, in Deutschland (Aurich und Magdeburg), weiter in Schweden, Brasilien und Indien. Enercon hat weltweit 5000 Mitarbeiter, in Deutschland wurden in den letzten Jahren 400 neue Mitarbeiter eingestellt, das ist eher bescheiden. So kommt es, dass unser Wirtschaftsminister Müller in der Pressemitteilung vom 12.4.2002 die Subvention eines jeden Arbeitsplatzes in der Windkraftindustrie mit **150 000 €** angibt, das übertrifft die deutschen Steinkohle-Subventionen bei weitem. Und die konkurrenzfähigen Arbeitsplätze in der Kernkrafttechnik werden ins benachbarte Ausland verlagert, später vielleicht noch diejenigen aus der Braunkohleverstromung?

Entsinnen wir uns, es gab von 1969 bis 1982 eine sozial-liberale Koalition in Deutschland unter Führung von Kanzler Willy Brandt und Helmut Schmidt. In den frühen 1970-er Jahren gab es gewaltige Lohnsteigerungen bis zu 14%, zeitgleich gab es die erste Ölkrise mit Sonntagsfahrverboten. Es stürzte das Wirtschaftswachstum ab, Preise und Arbeitslosenzahlen stiegen an. In Verbindung mit den zwischen Innenminister Genscher und Ötv-Vorsitzenden Kluncker ausgehandelten Lohnsteigerungen ging damals das geflügelte Wort um: "**Die Belastbarkeit der Wirtschaft prüfen**". Sollte es sich bei der rot-grünen Energiepolitik mit ihren gewaltigen Kosten ohne erkennbaren Nutzen um ein ähnliches Vorhaben gegenüber der ganzen Volkswirtschaft handeln? Die oben genannten Zahlen sprechen eine deutliche Sprache, zumal die Gebiete wie Subvention von Fotovoltaik, Biodiesel oder Kraft-Wärme-Kopplung noch nicht einmal behandelt wurden.

**) Zur Erläuterung zum FRM 2:*

*Die am alten Garchingener Forschungsreaktor entwickelte Methode der Bestrahlung von Tumoren kann nicht fortgeführt werden. Es ist zu sagen, dass mit Neutronenbestrahlung oberflächennahe Tumore gut zu behandeln sind: Bei 40% der Patienten konnte der Tumor ganz zum Verschwinden gebracht werden, bei weiteren 40% wurde durch Verkleinerung des Tumors eine wesentliche Verbesserung der Lebensqualität erreicht. Ohne Neutronen liegt die medizinische Forschung brach, Rückschritt ist die Folge. Und die bisherige mutwillige Verzögerung bedeutet, **dass einige hundert Patienten nicht behandelt werden konnten**, aus der genannten Erfolgsrate ergibt sich, **dass ca. 200 von schlimmen Tumoren geplagten Menschen eine Heilung verwehrt wurde**. In dieser Tragödie kommt die Menschenverachtung der Berliner Politik zum Ausdruck, das **Wohl der Patienten wird der Parteisolidarität untergeordnet**. Man kann mit Recht sagen: Die Verzögerung der Inbetriebnahme des FRM 2 hat schon ähnlich viel Menschen das Leben gekostet, wie es bei dem durch Unfähigkeit und Verantwortungslosigkeit verursachten Tschernobyl-Unfall der Fall war. Und dazu herrscht Schweigen in der deutschen Medienlandschaft, mit Ausnahme von wenigen Meldungen bevorzugt in physikalischen und medizinischen Fachzeitschriften.*